



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn., Rud.: Altramontane Wühlereien in der nordamerikanischen Union.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Am 29. April gelangte die Eisenbahnvorlage zur zweiten Berathung, welche in derselben Sitzung erledigt wurde. Es sprach zuerst vom Standpunkt der Regierung Minister Friedenthal. Unter den Begnern sprach unter andern Herr Virchow. Er verfuhr diesmal ganz besonders schlau, indem er eine Aeußerung des Reichskanzlers aus der ersten Berathung benutzte. Fürst Bismarck hatte von dem unüberwindlichen Particularismus der Regierungen gegen das Reich in Eisenbahnsachen gesprochen. Da verfehlte nun Herr Virchow nicht, zu fragen, warum denn der preussische Handelsminister seinen Particularismus nicht lieber einstelle, anstatt die Abtretung der preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnrechte an das Reich zu fordern. Fürst Bismarck hatte leicht, zu antworten, daß die Differenzen sich eben aus der Trennung der Wirkungskreise, nicht aber aus üblem Willen ergeben. Der gute Wille erkennt in diesem, wie in andern Fällen als das beste Mittel der Eintracht, die Trennung der Willensbereiche aufzuheben, gerade wie in der Ehe die Gütergemeinschaft als Mittel der Eintracht angenommen ist.

Unmittelbar nachdem Herr Virchow das Gesetz für verloren erklärt und den Freunden desselben insinuiert hatte, auf einen ehrenvollen Rückzug zu denken, wurde es mit 206 gegen 165 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Aber das wird dem Propheten bei seinen Gläubigen nichts schaden. Darin gleichen sich die großen und die kleinen Propheten.

C — r.

Ultramontane Wühlereien in der nordamerikanischen Union.

Wir haben in unseren, in diesen Blättern zum Abdruck gekommenen Berichten über die politischen Zustände und die sonstigen öffentlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten schon wiederholt kurz angedeutet, daß der Ultramontanismus auch in der großen transatlantischen Republik kühn sein Haupt erhebt und auf die wichtigsten Fragen, welche das Wohl oder Wehe der Union betreffen, einen verderblichen Einfluß auszuüben bestrebt ist. Die Wahrheit, welche in dem bekannten Stahl'schen Aussprüche steckt, daß, wer die Schule hat, auch den Staat hat, ist von den Jesuiten und den herrschsüchtigen Priestern aller Confessionen niemals verkannt worden; es ist daher sehr begreiflich, daß der Ultramontanismus, wie anderswo, so auch in Amerika, alle Mittel anwendet, um das Schulwesen in seine Gewalt zu bekommen. Namentlich aber sind es die vom Staate unterstützten Frei-

Schulen oder öffentlichen Schulen (public schools), welche, trotz aller ihnen anhaftenden Mängel, mit Recht in den Vereinigten Staaten als die Basis der bürgerlichen Freiheit betrachtet werden, wonach die Ultramontanen verlangend ihre Hände ausstrecken. Da sie sich nun vollständig bewußt sind, daß sie von diesen Schulen nicht so ohne Weiteres Besitz nehmen können, so versäumen sie keine Gelegenheit, in das System derselben wenigstens ein Loch zu bohren, durch welches sie, wenn Zeit und Umstände es erlauben, in die Schulen selbst einziehen können.

Ein schlagendes Beispiel nun von der Verwegenheit, mit welcher der Ultramontanismus in der angedeuteten Richtung vorangeht, ist kürzlich von dem katholischen Bischof von Colorado, jenem Territorium der Vereinigten Staaten, welches durch Kongreßbeschuß das Recht erhalten hat, als Staat in die Union einzutreten, geltefert worden. Eine ausführliche Beschreibung des kecken Auftretens dieses Kirchenfürsten giebt ein Artikel des „Colorado Journals“, welcher „der Kulturkampf in Colorado“ betitelt ist und dem wir nachstehende Einzelheiten entnehmen:

„Wir Katholiken und Bürger“, so beginnt die Einleitung einer Eingabe des Bischofs Machebeuf an die Verfassungs-Convention von Colorado, worin er das Verlangen ausspricht, daß der für die öffentlichen Schulen seitens des Staates bestimmte Fond theilweise an katholische Parochialschulen bewilligt werden soll. Mit diesem Verlangen hat der genannte Bischof, als Haupt seiner Kirche in Colorado, daselbst den Kulturkampf begonnen und die dortigen Vertreter der freisinnigen Ideen und der staatlichen Rechte haben den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen, allem Anscheine nach bis jetzt mit siegreichem Erfolge. Der erste Schritt, den die Mitglieder der Verfassungs-Convention von Colorado, in der auch mehrere Deutsch-Amerikaner sitzen, in Bezug auf die erwähnte bischöfliche Eingabe thaten, bestand darin, daß sie Proteste in Umlauf setzten gegen das Verlangen des Bischofs und seiner ultramontanen Anhänger, die in erster Reihe Katholiken und dann erst Bürger sein wollten. In dem kurzen Zeitraum von einer Woche liefen zehn zahlreich unterzeichnete Proteste gegen das Vorgehen des Herrn Machebeuf und Genossen bei der Verfassungs-Convention ein. Die Mitglieder dieser Convention, die vielleicht die Erledigung der fatalen Frage aus verschiedenen Gründen der nächsten Legislatur von Colorado überlassen haben würden, wie dies thatsächlich von einem englisch-amerikanischen Blatte empfohlen wurde, fühlten sich aber gerade durch die dreiste Eingabe des Bischofs, sowie infolge der durch dieselbe hervorgerufenen Proteste veranlaßt, die wichtige Angelegenheit ein für allemal durch eine Bestimmung in den Grundgesetzen, in der Verfassung von Colorado, zu erledigen. Bischof Machebeuf hatte unkluger Weise seiner Eingabe noch die Drohung beigefügt, daß, falls die Constitution das

Verbot enthalten sollte, daß der öffentliche Schulfond nicht getheilt werden könnte zu Gunsten einer oder der andern religiösen Sekte, das gesammte katholische Votum von Colorado gegen die Annahme der Constitution organisiert werden würde, um auf diese Art die schließliche Zulassung Colorado's als Staat in die Union zur Unmöglichkeit zu machen.

Diese, der vielgerühmten jesuitischen Klugheit kaum entsprechende Drohung erregte selbst den Unwillen derjenigen Mitglieder der Verfassungs-Convention, welche einer sofortigen Entscheidung der bewegten Streitfrage ursprünglich abgeneigt waren; sie sagten sich: „Wollen die Ultramontanen diese Frage durchaus zu einem direkten Streitpunkte machen, so sind wir gezwungen, dasselbe zu thun. Ist es bei ihnen eine nicht mehr zu umgehende Principienfrage, so ist dasselbe auch bei uns der Fall. Kann Colorado durch die Opposition der Ultramontanen die Rechte eines Staates in der Union jetzt nicht erlangen, so müssen die Ultramontanen auch das Odium tragen, welches sich nothwendiger Weise ihnen deshalb anheften wird. Sind sie gewillt, dies zu thun, sind sie gesonnen, die bitteren Anklagen, welche aus einem solchen Verfahren entspringen müssen, auf sich zu nehmen, so kann es uns recht sein. Eins bringen sie jedenfalls dadurch zu Stande, und das ist eine Vereinigung aller Elemente, welche vielleicht aus anderen Gründen gegen die Verfassung gestimmt haben würden, welche sich aber durch den frech gegen die Freischulen herausgeschworenen Kampf zur Unterstützung derselben bewegt fühlen und ihre sonstigen, weniger schwer wiegenden Bedenken fallen lassen werden.“

Die Mitglieder der Convention beschloßen dann auch mit großer Majorität, wie bereits gesagt, den Kampf aufzunehmen. Eine Bestimmung der Verfassung geht dahin, daß kein Theil des für die öffentlichen Schulen bestimmten Geldes, kein Theil der für dieselben erhobenen Steuern, kein Theil der für die Erhaltung derselben durch die Bundes- oder Unionsregierung gemachten Landschenkungen für Sektenschulen irgend welcher Art angewandt werden darf. Es steht dies mit der Bundesconstitution und dem System der öffentlichen in den Vereinigten Staaten vollkommen in Einklang, denn der Staat soll daselbst keine Sekte, keine religiöse Confession der andern vorziehen. Der Staat als solcher hat nichts mit Glaubenssachen zu thun. Die Gründer der Union waren der Ansicht, daß, wenn keiner Religionssekte vom Staate ein Vorzug gewährt sei, die Religion keinen Grund zur Unzufriedenheit hergeben werde. Die Sorge für den Unterricht und die Erziehung des Volkes ist nach amerikanischer Anschauung Alles, was vom Staate verlangt werden kann, und die Unterweisung in religiösen Dingen geht den Staat als solchen nichts an. Er schreitet bei religiösen Fragen nur ein, wie z. B. den Mormonen gegenüber, wenn seine eigenen Rechte, seine eigene Existenz durch jene Fragen gefährdet erscheinen.

Nach den uns vorliegenden Nachrichten haben sich übrigens in Colorado viele der einflußreichsten Katholiken dahin erklärt, daß sie die Annahme der Constitution befürworten wollen, gerade weil der Bischof Wakebeuf den Versuch gemacht hat, die katholischen Bürger des Landes gegen ihre andersgläubigen Mitbürger aufzuheben; es wird allgemein angenommen, daß der intelligente Theil der katholischen Bevölkerung Colorado's sich mit den Freunden der Freischulen vereinigen wird, um den durch den Bischof leichtsinnig heraufbeschwornen Kulturkampf für immer in freisinniger Weise zu beendigen.

Es sind vorzüglich zwei Argumente, welche von den Ultramontanen gegen das amerikanische Freischulsystem ins Feld geführt werden: 1) die angebliche Ungerechtigkeit dieses Systems; 2) die Vorzüge und Vortheile der vaticanischen Confectionsschulen. Dabei suchen sie regelmäßig die ärmeren Gesellschaftsklassen gegen die wohlhabenderen aufzureizen. Zu den Hauptgegnern der Ultramontanen in Amerika zählt der alte Friedrich Hecker, der bereits in der in St. Louis im Staate Missouri erscheinenden „Westlichen Post“ eine ganze Reihe von gepfefferten Artikeln gegen ihre staats- und freiheitsfeindlichen Wühlereien veröffentlicht hat. So macht er z. B. in einem dieser Artikel nicht mit Unrecht darauf aufmerksam, daß es doch sehr eigenthümlich, ja komisch sei, daß die Hauptschreier gegen die Freischulen Mitglieder von Mönchsorden wären, daß die wesentlichsten Deklamationen dieser Mönchsorden-Mitglieder sich immer über die „parental rights“, die Rechte der Eltern, der Familie, in Bezug auf die Erziehung ihrer Kinder verbreiteten, während diese geistlichen Herren doch Leute seien, die nach ihrem Gelübde weder Eltern werden, noch Familie haben dürften. Schließlich citirt er mit bitterer Schärfe den alten Spruch:

„Jesuiti semper sunt bini,
Si vero sunt trini,
Tertius est generis feminini.“

Rud. Doehn.

Literatur.

Geschichte der quietistischen Mystik in der katholischen Kirche von Dr. Heinrich Seppe. Berlin, Verlag von Wilhelm Herz. 1875.

Die katholische Kirche gründet ihre Autorität auf die Lehre, daß Christus eine Hierarchie geordnet und in deren Hand alle seine Gnadengüter niedergelegt habe, damit sie dieselbe der in der Kirche vereinigten Menschheit spende. So ist die katholische Kirche eine mittlere Macht geworden, die zwischen